

FORDERUNGEN FÜR DIE 21. LEGISLATURPERIODE

Datum

17. Januar 2025

Der Deutsche Reiseverband (DRV) ist der führende Fachverband der Reisewirtschaft in Deutschland. Im DRV sind rund 2.500 Mitgliedsunternehmen organisiert, die für den Großteil des nationalen Umsatzes von Reisebüros und Reiseveranstaltern verantwortlich sind. Zusammen mit den touristischen Dienstleistern und weiteren Unternehmen der touristischen Wertschöpfungskette bildet der DRV eine starke Gemeinschaft, die die vielfältigen Interessen der Reisewirtschaft vereint.

Der wirtschaftliche Erfolg und die Entwicklungsmöglichkeiten der Reisebranche sind in weiten Teilen von der politischen Rahmensetzung abhängig. Neben dem Aufflammen von Krisenherden und Konflikten in verschiedensten Teilen der Welt, der demografischen Herausforderung bei der Sicherung von Arbeits- und Fachkräften und dem Fortschreiten der Digitalisierung und den Neuerungen im Zusammenhang mit dem verstärkten Einsatz von Künstlicher Intelligenz hatten unsere Mitglieder in den letzten Jahren insbesondere mit der Häufung rechtlicher Vorgaben und zunehmender Bürokratisierung zu kämpfen. Gleichwohl hat sich die ökonomische Situation seit der Corona-Pandemie für die deutliche Mehrheit der Unternehmen aufgehellt. Dennoch sieht die Reisebranche in vielen Feldern deutlichen Handlungsbedarf. Neben dem Abbau bürokratischer Vorgaben und Lasten wird eine effektivere Vertretung deutscher Brancheninteressen auf Brüsseler Ebene durch die Bundesregierung eingefordert. Zudem befürchten wir, dass die allgemeine wirtschaftliche Lage, sinkende Haushaltseinkommen und Verunsicherung innerhalb der Bevölkerung zu Zurückhaltung bei den Reiseausgaben führen werden.

Unsere Mitgliedsunternehmen sind besonders gefragt, wenn es darum geht, die rund 65 Millionen Urlaubsreisen, die Deutsche im Jahr unternehmen, zu organisieren und durchzuführen. 78 Prozent davon führen ins Ausland. Das Flugzeug ist seit 2023 mit 47 Prozent das meistgenutzte Verkehrsmittel für Urlaubsreisen. Auch die

Kreuzfahrtindustrie erfreut sich großen Zuspruchs. Mit 3,7 Millionen Hochsee- und Flussreisen ist mittlerweile wieder das Rekordniveau von 2019 erreicht.

UNSERE SECHS KERNFORDERUNGEN AN DIE NEUE BUNDESREGIERUNG

Im Folgenden finden Sie die DRV-Agenda mit dem Forderungskatalog für die 21. Legislaturperiode.

1. Für eine schlanke Pauschalreiserichtlinie und Bürokratieabbau

Praxisferne und bürokratische Vorgaben sind ein wesentlicher Hemmschuh für die erfolgreiche Entwicklung der Tourismuswirtschaft. Nicht nur Reiseveranstalter und Reisebüros, sondern alle Unternehmen der Reisewirtschaft sehen sich trotz einiger positiver staatlicher Initiativen auf Bundesebene zur Reduzierung der staatlichen Auflagen und Vorgaben weiterhin mit enormen bürokratischen Lasten konfrontiert. Leider müssen wir feststellen, dass die Regulierung durch die Institutionen der EU sämtliche Bemühungen auf Bundesebene zur bürokratischen Entlastung von Unternehmen konterkariert. Wir fordern daher, dass sich die künftige Bundesregierung in Brüssel um eine Mäßigung bei neuen Regulierungsvorhaben einsetzt und EU-Richtlinien nicht noch zusätzlich durch den Bund erweitert und verschärft.

Die Novellierung der EU-Pauschalreiserichtlinie ist im Gange und der DRV steht den politischen Akteuren im Rahmen dieses Prozesses zur Seite. Unser Ziel ist dabei, dass die Attraktivität der Pauschalreise für Urlauber gesteigert und gleichzeitig Reisevertrieb und Veranstalter nicht weiter belastet werden. Deutschland ist DAS ausgewiesene Pauschalreiseland – 41 Prozent aller in der EU verkauften Pauschalreisen werden in Deutschland vertrieben. Damit sind wir mit Abstand Top-Seller innerhalb Europas. Darum müssen Strukturen und Prozesse des deutschen Reisemarktes zwingend im weiteren Gesetzgebungsprozess Berücksichtigung finden, damit die Praxistauglichkeit der EU-Rahmengesetzgebung gewährleistet und der Fortbestand des Premiumprodukts gesichert ist.

2. Outbound-Tourismus als Stabilisator unterstützen

Der Outbound-Tourismus trägt in umfassendem Maße zur wirtschaftlichen und sozialen Stabilisierung in den Zielgebieten bei – insbesondere in Schwellen- und Entwicklungsländern. Die Einnahmen aus dem Tourismus übertreffen die Höhe der Hilfsmittel aus der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit aller Industrienationen um ein fünffaches. Die Reisewirtschaft ist nicht zuletzt deswegen ein bewährter

Kooperationspartner im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit. Der DRV fordert die künftige Bundesregierung dazu auf, bei der Gestaltung der internationalen Unterstützungs- und Fördermaßnahmen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit das Potenzial des Outbound-Tourismus noch systematischer zu nutzen. Es bedarf einer verstärkten Koordinierung durch die Bundesregierung, um öffentliches und privates Engagement in den Staaten des globalen Südens voranzutreiben und die Attraktivität der bereits vorhandenen Infrastruktur und der angebotenen Dienstleistungen für Urlauber weiter zu verbessern. Hier bieten innovative, nachhaltige Tourismusprodukte große Möglichkeiten. Im Schulterschluss mit der Bundesregierung wollen wir mit Zielgebieten, den Trägern der Entwicklungszusammenarbeit als auch NGOs kooperieren, um ökologisch und sozial verträglichen Tourismusprodukten Vorschub zu leisten und diese innerhalb der Branche und bei Urlaubern bekannter zu machen. Mehr Tourismus bedeutet für die Zielgebiete höhere Einkommen, mehr Chancen für Frauen, bessere Infrastruktur und Schutz der Artenvielfalt.

3. Mobilitätsstandort Deutschland stärken

Globalität und Mobilität bedingen sich gegenseitig. Moderne Gesellschaften und ihre Ökonomien sind in einem hohen Maß auf eine leistungsfähige Mobilitätsinfrastruktur (Straße, Schiene, Wasserwege und Flughäfen) und starke Mobilitätsdienstleister angewiesen, um den Transport von Personen und Waren schnell und verlässlich gewährleisten zu können. Viele aufstrebende Ökonomien haben daher massiv in diesen Bereich investiert, um sich als internationale Verkehrsdrehkreuze zu positionieren. Deutschland ist dabei, den Anschluss zu verpassen. Neben der Notwendigkeit, Planungsverfahren und die Durchführung von Bauvorhaben deutlich zu beschleunigen, ist eine deutliche Senkung der Standortkosten anzustreben. Wir brauchen eine klare Neujustierung der Politik: Senkung der Lohnneben- und Personalkosten, deutliche Reduzierung der Flugsicherungsgebühren, Senkung der Ticketsteuern und Sicherheitsgebühren sowie Streichung der Luftverkehrssteuer. Gleichzeitig sprechen wir uns für ein verbessertes Zusammenwirken der unterschiedlichen Verkehrsträger zur nahtlosen Gestaltung der Reisewege (Intermodalität) und mehr internationalen Wettbewerb unter Mobilitätsanbietern aus.

Die Reisewirtschaft hat sich verpflichtet, ihren Beitrag zum Erreichen der Klimaneutralität zu leisten. Wesentlicher Faktor ist dabei die wirkungsvolle Reduzierung des CO₂-Ausstoßes im Mobilitätsbereich sowie eine Umstellung auf nachhaltige Kraftstoffe. Es bedarf eines massiven Kraftaktes, die herkömmlichen fossilen Kraftstoffe in wesentlichem Umfang durch ökologisch neutrale Kraftstoffe ersetzen zu können. Hier steht der Bund in der Pflicht, die Entwicklung und

Generierung nachhaltiger Kraftstoffe für Flug-, Kreuzfahrt- und Busreisen zu vertretbaren Konditionen effektiv zu unterstützen und voranzutreiben.

4. Reisebarrieren abbauen und Visa-Prozesse beschleunigen

Trotz Globalisierung und internationaler Konnektivität wird die Mobilität weiterhin durch die Präsenz von Grenzregimen eingeschränkt. Innerhalb des Schengen-Raumes erfreuen wir uns zwar weitestgehend unbeschränkter Bewegungsfreiheit, doch schon beim Übertritt zu Drittstaaten sehen wir uns mit Kontrollen und Antragsverfahren konfrontiert. Diese Prozedere stellt für Urlauber und Geschäftsreisende spätestens dann eine gravierende Belastung dar, wenn umfangreiche Visa-Verfahren und lange Bearbeitungszeiten ins Spiel kommen. Nicht zuletzt aus Gründen der Reziprozität muss Deutschland dafür sorgen, dass ausländische Gäste und Geschäftsreisende in einem möglichst schnellen und transparenten Verfahren ihre Einreise beantragen können. Die deutsche Reisewirtschaft setzt darauf, dass Deutschland, wie auch Drittstaaten davon Gebrauch machen, ihre Einreisebestimmungen zu entschlacken, Visa-Erfordernisse zu streichen oder zumindest auf elektronischem Weg schnell und kostengünstig zu implementieren. Es ist unerlässlich, auch im Sinne der Idee eines einheitlichen Europas, die gewonnene Reisefreiheit im europäischen Raum zu erhalten.

5. Rahmenbedingungen für die Geschäftsreise verbessern

Die Geschäftsreisetätigkeit ist ein guter Indikator für die wirtschaftliche Gesamtsituation in unserem Land. Denn als Exportnation sind viele Unternehmen darauf angewiesen, die engen wirtschaftlichen Kontakte im globalen Kontext zu pflegen und auszubauen, Prozesse zu begleiten und zu steuern und bei Problemen Abhilfe zu schaffen. Dies gelingt meist nur im unmittelbaren Kontakt. Nach der Pandemie stellen wir fest, dass trotz verstärktem Einsatz von internetgestützten Konferenzen und virtuellen Meetings, der „direkte Draht“ zum Geschäftspartner oder Kunden unverzichtbar bleibt. Deswegen ist die professionelle Begleitung der Business Travel-Aktivitäten durch darauf spezialisierte Unternehmen von herausragendem Wert.

Gleichzeitig müssen wir feststellen, dass die Rahmenbedingungen für Aktivitäten der Travel Management Companies (TMC) alles andere als günstig sind. Neben den bereits dargestellten Herausforderungen in Bezug auf den Mobilitätsstandort Deutschland, insbesondere Anbindung, Verlässlichkeit und Kosten des Angebots, sieht sich der Geschäftsreisebereich mit zahlreichen bürokratischen Lasten konfrontiert. Hierbei wären u.a. die weiterhin unbefriedigende Situation bei A1-

Bescheinigungen und die spezifische Ausgestaltung der Margenbesteuerung im Geschäftsreisekontext zu nennen.

6. Vernetzung und Kooperation unter expliziter Berücksichtigung des Outbound-Tourismus stärken

Die Zukunftsfähigkeit der deutschen Reisewirtschaft hängt in entscheidendem Maße davon ab, wie effektiv der Austausch und die Kooperation zwischen europäischer Ebene, der Bundesregierung und Ländern sowie der Privatwirtschaft gestaltet wird, um die drängenden Herausforderungen anzugehen. Die Bemühungen zur Ausgestaltung eines strategischen Ansatzes und die Schaffung von Plattformen (u.a. Nationale Plattform Zukunft des Tourismus; Branchendialog Tourismus für nachhaltige Entwicklung) zur Vernetzung der wesentlichen Akteure und Initiierung gemeinsamer Projekte werden grundsätzlich begrüßt. Dieser Ansatz unter besonderer Berücksichtigung des Outbound-Bereichs muss verstetigt und finanziell unterlegt werden.

Um die Belange des Tourismus auf den unterschiedlichen politischen Ebenen und in den unterschiedlichen Gesellschaftsbereichen (Verwaltung, Privatwirtschaft, Wissenschaft) zu koordinieren, aber auch die bundespolitische Zuständigkeit zwischen den jeweiligen Ministerien und Ressorts in Abstimmung zu bringen, bedarf es eines effektiven Schnittstellenmanagements. Zu diesem Zweck fordern wir einen Staatssekretärsposten für den Tourismus und eine Aufwertung des Beirats für Fragen des Tourismus beim Bundeswirtschaftsministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (Tourismusbeirat).